

Öffentliche Sitzung

des Marktgemeinderates Stambach

lfd. Nr. 08/2009

Sitzungstag: 21. Januar 2009

Sitzungsort: Rathaus Stambach – Sitzungssaal -

Tagesordnung: siehe Sitzungsladung

Mitglieder des Marktgemeinderates:

Anzahl: 15

Namen: ↗

	Anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: 1. Bürgermeister	Ehrler, Karl Philipp		
Niederschriftführer:	Tietze, Thorsten		
Die Ratsmitglieder:	Petzet, Friedrich	Nietert, Rosemarie	gesundheitliche Gründe
	Knopf, Patrick	Reichel, Hermann	gesundheitliche Gründe
	Laubenzeltner, Horst	Goller, Martin	private Gründe
	Kleffel, Günter		
	Jacob, Martin L.		
	Ebert, Ulrike		
	Käs, Markus		
	Ott, Harald		
	Ludwig, Helga		
	Hofmann, Bruno		
	Fleischmann, Dieter		
Ortssprecherin von Gundlitz:	<i>Czernio-Koch, Simone</i>		

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47(2) GO war gegeben.

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
1.	12	-	-	<p><u>Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung (öffentlicher Teil)</u></p> <p><u>Beschluss:</u> Mit dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 17.12.2008 (öffentlicher Teil) besteht Einverständnis. Es wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.</p>
2.	12	-	-	<p><u>Baugesuche (Bauvorlagen)</u></p> <p>Dieser Tagesordnungspunkt entfällt in Ermangelung vorliegender Bauanträge.</p>
3.	12	-	-	<p><u>Verkehrssicherungsmaßnahmen der Brücke bei Senftenhof -Beschlussfassung-</u></p> <p><u>Eröffnung:</u> Bei einer routinemäßigen Überprüfung der Eisenbahnbrücke bei Senftenhof stellte die Landesgewerbeanstalt –Zweigstelle Hof- im Jahr 2000 fest, dass die Brücke für den Fahrverkehr mangels Tragfähigkeit nicht mehr geeignet ist. Die Brücke wurde daraufhin gesperrt, zwischenzeitlich ein Ersatzweg von Fleisnitzmühle herauf bis zur Brücke gebaut.</p> <p>Der Markt hatte im Jahr 1994 aufgrund gesetzlicher Regelung die Eisenbahnbrücke und deren Unterhaltungslast von der Bahn AG übernommen. Zu diesem Zeitpunkt war die Belastbarkeit mit zwölf Tonnen angegeben. Nach dem im Jahr 1998 in Kraft getretenen Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) muss die Bahn „für den ordnungsgemäßen Erhaltungszustand einer zum 1. Januar 1994 in die Erhaltungslast des kommunalen Straßenbaulastträgers übergebenen Straßenüberführung“ einstehen. Um festzustellen, ob die Bahn eine Unterhaltung der Straßenüberführung bis zum Zeitpunkt des gesetzlichen Übergangs der Baulast durchgeführt und somit für den ordnungsgemäßen Erhaltungszustand gesorgt hatte, ist derzeit ein Beweissicherungsverfahren vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig.</p> <p>Im Rahmen dieses Verfahrens fand am 16.12.2008 ein Ortstermin mit dem Sachverständigen der Landesgewerbeanstalt statt. Im Zuge dieses Termins machte der Sachverständige darauf aufmerksam, dass sich auf der Brückenunterseite lose Betonteile befinden, bei denen die Gefahr besteht, dass sie abfallen und ggf. einen Zug beschädigen könnten. Er riet dem Markt als Verkehrssicherungspflichtigen, die losen Teile entfernen zu lassen. Nachdem derartige Arbeiten nur im Rahmen einer besonderen Betriebs- und Bauanweisung der Bahn (Beta) nach vorheriger Sperrung der Gleise zulässig sind und um haftungsrechtliche Konsequenzen des Marktes zu vermeiden, sollten die Arbeiten an eine Fachfirma vergeben werden.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote über die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen für die Eisenbahnbrücke bei Senftenhof einzuholen und die Arbeiten an den günstigsten Anbieter zu vergeben.</p>
	12		0	

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	
		den Beschluss		
3. a)	12 Ergänzung der Tagesordnung	-	-	<p><u>Vortrag-Beratung/Beschluss</u></p> <p><u>Walzenschuppen und Friedhofsumfeld;</u> <u>Antrag auf vorzeitigen Baubeginn -Beschlussfassung-</u></p> <p><u>Sachverhalt:</u> Bezüglich der beabsichtigten und in der Sitzung vom 17.12.2008 bereits beschlossenen Umgestaltung des Friedhofsumfeldes und Walzenschuppens wies die Regierung von Oberfranken, Herr Haertel, darauf hin, dass es zweckmäßig wäre, zusammen mit dem Antrag auf Zuwendungen der Städtebauförderung auch einen Antrag auf vorzeitigen Baubeginn zu stellen, um Verzögerungen zu vermeiden.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die mit Mitteln "Städtebauförderung" geförderte Maßnahme der Umgestaltung des Friedhofsumfeldes und Walzenschuppens ist baldmöglichst zu beginnen. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Zuwendungsantrag bei der Regierung von Oberfranken hierzu einen Antrag auf vorzeitigen Baubeginn zu stellen.</p>
4.	12	-	-	<p><u>Ortskernsanierung – Erweiterung des gemäß § 142 BauGB förmlich festgelegten Sanierungsgebietes in Teilbereichen -Beschlussfassungen-</u></p> <p>Die im Auslegungsverfahren bzw. bei der Anhörung von Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen zur Erweiterung des gemäß § 142 BauGB förmlich festgelegten Sanierungsgebietes in Teilbereichen werden wie folgt beschlussmäßig gewürdigt:</p> <p>Anregungen, Bedenken und Einwendungen aus der Anhörung der Träger öffentlicher Belange</p> <p><u>1. Landratsamt Hof vom 05.08.2008</u> Das LRA schlägt vor, das Anwesen „Blumenau 15“ in die Erweiterung des Fördergebietes aufzunehmen, da es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt. Gegen die beabsichtigte Erweiterung bestehen keine Bedenken.</p> <p><i>1.1 Stellungnahme des Planungsbüros ghs- Architekten</i> Das Anwesen „Blumenau 15“ wurde bereits im Jahr 2004 im Fördergebiet mit erfasst.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat nimmt die Anregung des LRA zur Kenntnis. Das Erweiterungsgebiet bleibt unverändert.</p>
		12	0	
		11	1	

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	A n w e s e n d	F ü r	G e g e n	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
4.	12	-	-	<p>2. <u>Wasserwirtschaftsamt Hof vom 14.08.2008</u></p> <p><i>a. Wasserversorgung, Wasserschutzgebiete</i> Das Wasserwirtschaftsamt empfiehlt, sich im Vorfeld über die Lage der Rohrleitungen und den Unterhaltszustand zu informieren und evtl. einen gleichzeitigen Austausch mit den Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Dabei wäre auch zu klären, inwieweit eine Verbesserung des Feuerschutzes aus der öffentlichen Wasserleitung erforderlich ist.</p> <p><i>b. Gewässerschutz</i> Bei der Neugestaltung von Freiflächen wird von Seiten des WWA empfohlen, evtl. erforderliche Kanalsanierungsarbeiten durchzuführen.</p> <p><i>c. Gewässer</i> Im Planungsbereich befindet sich der Mühlkanal zu dem ehemaligen Triebwerk Opel. Nach dem Informationsstand des WWA beabsichtigt Herr Opel, die wasserrechtliche Erlaubnis zu erneuern um das Triebwerk wirtschaftlich zu nutzen. Falls der Mühlkanal bzw. die Triebwerkseinrichtung für die Städteplanung relevant ist, sollte die weitere Planung mit dem Triebwerkseigentümer abgestimmt werden.</p> <p><u>2.1. Stellungnahme des Planungsbüros ghsW-Architekten</u> Das Planungsbüro nimmt die Anregungen zur Kenntnis, eine weitere Veranlassung ist jedoch nicht erforderlich.</p> <p><u>Beschluss:</u> 12 0 Der Marktgemeinderat nimmt die Anregungen zur Kenntnis.</p> <p>3. <u>Kreisheimatpfleger Bertram Popp vom 15.08.2008</u></p> <p>Die Maßnahme und der Stand der Untersuchung sind ausgesprochen zu begrüßen und positiv hervorzuheben. Gegen die Erweiterung bestehen keine Bedenken.</p> <p><u>3.1 Stellungnahme des Planungsbüros ghsW-Architekten</u> Das Planungsbüro nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.</p> <p><u>Beschluss:</u> 12 0 Der Marktgemeinderat nimmt die Anregungen zur Kenntnis.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für den Beschluss		Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		Für	Gegen		
noch 4.	12	-	-		<p>4. <u>Amt für Landwirtschaft und Forsten Münchberg vom 08.08.2008</u> Das Amt für Landwirtschaft und Forsten Münchberg hat keine Einwendungen gegen die geplante Maßnahme im Rahmen der Städtebauförderung.</p> <p><i>4.1. <u>Stellungnahme des Planungsbüros ghsw-Architekten</u></i> Das Planungsbüro nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat nimmt die Anregungen zur Kenntnis.</p> <p>5. <u>Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege vom 07.08.2008</u> Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege möchte in Zukunft, sofern innerhalb des Geltungsbereiches Maßnahmen an Baudenkmalern oder in deren Nähe durchgeführt werden, jeweils zum Bauantrag gehört werden.</p> <p><i>5.1 <u>Stellungnahme des Planungsbüros ghsw-Architekten</u></i> Das Planungsbüro nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis, eine weitere Veranlassung ist jedoch nicht erforderlich.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat nimmt die Anregungen zur Kenntnis. Die Verwaltung hat darauf zu achten, dass das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wunschgemäß bei Bauanträgen an Denkmälern zu hören ist.</p> <p><u>Anregungen, Bedenken und Einwendungen aus der Bürgerbeteiligung</u></p> <p>Die Unterlagen waren in der Zeit vom 20. Oktober 2008 bis 21. November 2008 gemäß §3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich ausgelegt. Die Auslegung wurde ortsüblich bekanntgegeben.</p> <p>Es wurden keine Einwände vorgebracht.</p> <p>Billigungsbeschluss</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat hat die eingegangenen Anregungen zur Kenntnis genommen und billigt die Ergebnisse der Erweiterung zur vorbereitenden Untersuchung in der Fassung vom 15. Juni 2008 mit den eingegangenen Anregungen und Ergänzungen.</p>
	12	0			
	12	0			
	12	0			

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	
		den Beschluss		
				Vortrag-Beratung/Beschluss
noch 4.	12	-	-	Förmliche Festsetzung des erweiterten Sanierungsgebietes <u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat beschließt, den Abgrenzungsvorschlag des Planungsbüros ghs-w-Architekten in der Fassung vom 15. Juni 2008 zur Grundlage der 1. Änderung der Sanierungssatzung vom 23. August 2004 des Marktes Stambach zu machen. Das Sanierungsgebiet und die Sanierungssatzung wird gemäß § 142 Abs.3 BauGB förmlich festgesetzt. Die Änderung der Satzung wird bei der Regierung angezeigt und anschließend in der Gemeinde öffentlich bekannt gemacht. Änderung der Sanierungssatzung des Marktes Stambach Auf Grund des §142 Abs.3 Baugesetzbuch (BauGB) erlässt der Markt Stambach folgende Änderung/Erweiterung der Sanierungssatzung: Im §1 „Festlegung des Sanierungsgebietes“ wird folgender Absatz erweitert. „Das Sanierungsgebiet wird um die im Erweiterungsplan des Architekturbüros ghs-w-Architekten, Greim-Hilbert-Sörgel-Wendland vom 15. Juni 2008 abgegrenzten Flächen erweitert.“ <u>Beschluss:</u> Die Sanierungssatzung wird erweitert. Die Sanierungssatzung ist nach der Erweiterung im §1 der Satzung gemäß §143 Abs.1 BauGB öffentlich bekannt zumachen.
		11	1	
		11	1	
4. a)	12	-	-	<u>Oberer Markt – Festlegung des Fahrbahnbelages - Beschlussfassung</u> <u>Eröffnung:</u> Am 15.01.2009 fand am Oberen Markt ein Ortstermin zur Abstimmung des Fahrbahnbelages für die geplante Neugestaltung des Oberen Marktes statt. Daran nahmen neben Herrn Landrat Hering und Bürgermeister Ehrler auch Herr Kreisbaumeister Dietel, Herr Heiß vom Kreisbauhof, Herr Kemnitzer als Vertreter der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes, Herr Wunderlich (Landratsamt – Technischer Umweltschutz) Herr Marx vom Staatlichen Bauamt Bayreuth, Frau Scholze und Herr Haertel als Vertreter der Regierung von Oberfranken, Herr Schuler und Kollegin von der Polizeiinspektion Münchberg, Herr Scheffler, Frau Buchta und Herr Fröh vom Architekturbüro „Die Halle“, Hof, die Ratsmitglieder Ulrike Ebert, Dieter Fleischmann, Bruno Hofmann, Martin L. Jacob, Markus Käs, Günter Kleffel, Patrick Knopf, Horst Laubenzeltner, Harald Ott, Friedrich Petzet und Hermann Reichel sowie Horst Gmach, Heinz Petzet und Thorsten Tietze von Verwaltungsseite teil.
	Ergänzung der Tagesordnung			

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
noch 4. a)	12	-	-	<p>Zunächst erläuterte das Architekturbüro die geprüften Varianten verschiedener Fahrbahnbeläge (Asphalt, gefärbter und geprägter Asphalt, Betonpflaster, Natursteinpflaster und gesägtes Pflaster) sowie deren Vor- und Nachteile. Nachdem Landrat Hering nochmals auf die Probleme mit dem bestehenden Natursteinpflaster in der Bahnhofstrasse verwies machte Frau Scholze klar, dass im Wettbewerbsvorschlag der Architekten eine Pflasterung des Oberen Marktes vorgesehen war und nur für diese gestalterische Verbesserung auch Mittel der Städtebauförderung ausgereicht werden können. Sie stellte sogar die gesamte Förderung für den Oberen Markt in Frage, falls Asphalt verbaut werden sollte.</p> <p>Ratsmitglied Dieter Fleischmann wies deutlich darauf hin, dass neben den gestalterischen auch die Aspekte der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes Berücksichtigung finden müssen. Herr Marx stellte fest, dass ein Pflasterbelag bei Geschwindigkeiten von 50 km/h grundsätzlich glatter und damit weniger verkehrssicher ist als Asphalt.</p> <p>Hinsichtlich der geplanten Querungshilfe bei der Quellenstrasse äußerten Herr Marx und Herr Schuler zwar Bedenken, dass diese die erhoffte Verkehrsberuhigung erzielen würde, die Ratsmitglieder sind sich jedoch darin einig, diese nicht zu streichen.</p> <p>Bei der anschließenden Diskussion im Gasthaus Hohl beleuchteten Herr Wunderlich, Herr Schuler und Herr Kemnitzer nochmals die Aspekte der Lärmbelästigung und der Verkehrssicherheit. Schließlich erklärte Frau Scholze, sie sei dazu bereit, sich im zuständigen Verkehrsreferat der Regierung dafür einzusetzen, dass dieses aus Gründen der Verkehrssicherheit Einverständnis mit einer Erweiterung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h zeigt. Des Weiteren sagte Herr Haertel zu, dass bei der Umgestaltung des Oberen Marktes auch der Unterbau des bestehenden Pflasters in der Bahnhofstrasse auf den ersten Metern auf Kosten der Regierung angeglichen bzw. verbessert werden könnte.</p> <p>Herr Kemnitzer äußerte, aufgrund der baulichen Verbesserungen zur weiteren Steigerung der Verkehrssicherheit die Geschwindigkeitsbegrenzung bis oberhalb des neuen Platzraumes ausweiten zu können.</p> <p>In der Sitzung des Marktgemeinderates am 21.01.2009 erklärt Zweiter Bürgermeister Günter Kleffel als Vertreter der ULS, seine Fraktion unterstütze grundsätzlich die Neugestaltung des Oberen Marktes. Seiner Meinung nach entmündige die Regierung von Oberfranken jedoch den Gemeinderat, da sie zur Förderung sehr enge Vorgaben für den Straßenbelag macht und ohne die entsprechenden Fördermittel eine Durchführung unmöglich wäre. Nur um die Maßnahme nicht zu gefährden, werde die ULS daher dem von der Regierung geforderten Pflaster zustimmen.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für		Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss			
noch 4. a)	12	-	-		<p>Im Namen der SPD-Fraktion äußert Ratsmitglied Dieter Fleischmann, die SPD-Fraktion begrüße es sehr, dass nunmehr ein tragfähiger und zukunftsweisender Entschluss zur Gestaltung des Oberen Marktes getroffen werden kann. Sehr positiv hervorzuheben ist dabei auch der erzielte Konsens zwischen Gemeinde, Landkreis und Regierung nach langwierigen und mitunter schwierigen Verhandlungen. Die SPD-Fraktion weist jedoch auch ausdrücklich auf die immer noch bestehende, für die Anwohner völlig unzumutbare Lärmbelästigung zwischen Oberem Markt und Marktplatz hin. Sie sehe jetzt die Gelegenheit gegeben, dass im Zuge der Fortführung der Städtebausanierung auch dieses nun seit zwei Jahrzehnten bestehende Problem durch ein ebenso konstruktives Zusammenwirken zwischen Gemeinde, Landkreis und Bezirksregierung behoben wird.</p> <p>Marktgemeinderat Markus Käs schildert als Sprecher der Wählergemeinschaft Stambach Land, seine Fraktion sei ebenfalls zunächst gegen einen Pflasterbelag am Oberen Markt gewesen. Nach der Zusage des Landratsamtes, die bestehende Zone der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 nach oben zu erweitern, votiert seine Fraktion nunmehr doch für gesägtes Pflaster, um die Gewährung der Fördermittel und damit die Durchführung der Maßnahme nicht zu gefährden. Das bestehende Pflaster in der Bahnhofstraße sollte jedoch im Zuge der Bauarbeiten ebenfalls verbessert werden.</p> <p>Auch der Sprecher der CSU, Ratsmitglied Patrick Knopf, macht deutlich, dass Ziel seiner Fraktion die Durchführung der Gesamtmaßnahme sei. Die Nachteile des von der Regierung geforderten Straßenbelages müssten in Kauf genommen werden, um die Umgestaltung mit ihren zahlreichen positiven Auswirkungen finanzieren zu können.</p> <p>Während Dieter Fleischmann nochmals darauf hinweist, dass sich der Marktgemeinderat auf die Aussage des Vertreters des Landratsamtes verlässt, die bestehende Tempo-30-Zone an der Bahnhofstraße bis oberhalb des neu zu gestaltenden Platzes zu erweitern, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die entstehenden Nachteile auszugleichen, legt Bürgermeister Karl Philipp Ehrler großen Wert auf die Feststellung, dass nicht normales, sondern gesägtes Natursteinpflaster verbaut werden soll. Dieses verursacht wesentlich weniger Lärm als der unebenere Natursteinbelag.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat beschließt, die Fahrbahn am Oberen Markt im Zuge der Neugestaltung mit der die Bevölkerung geringstbelastenden förderfähigen Oberfläche ausführen zu lassen. Nach den Ergebnissen der Besprechung vom 15.01.2009 handelt es sich hierbei nach ausdrücklicher Vorgabe der Regierung von Oberfranken um gesägtes Natursteinpflaster.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
noch 4. a)	12	-	-	Des Weiteren spricht sich der Marktgemeinderat dafür aus, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, wie von der Abteilung Verkehrswesen des Landratsamtes zugesagt, bereits oberhalb des neu zu schaffenden Platzraumes am Oberen Markt beginnen zu lassen, um die Verkehrssicherheit dort über die baulichen Maßnahmen hinaus zu verbessern.
		12	0	
4. b)	12	-	-	<u>Umgestaltung der Bahnhofstrasse zwischen Oberem Markt und Marktplatz</u>
	Ergänzung der Tagesordnung			<p><u>Sachverhalt:</u></p> <p>Bei der Besprechung am 15.01.2009 sagte Herr Haertel als Vertreter der Regierung von Oberfranken zu, dass bei der Umgestaltung des Oberen Marktes auch der Unterbau des bestehenden Pflasters in der Bahnhofstrasse auf den ersten Metern auf Kosten der Regierung angeglichen bzw. verbessert werden könnte. Die bestehende Wasserleitung bis zur Einmündung Schulstrasse/Bahnhofstrasse muss aus Altersgründen ohnehin erneuert und ein Anschluss des Grundstücks Schulstrasse 2 an den Regenwasserkanal geschaffen werden. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, Senkung der Lärmbelastung und Reduzierung der Unterhaltskosten wäre es sinnvoll, das bestehende Natursteinpflaster gegen gesägtes Pflaster auszutauschen.</p> <p>In einem zweiten Schritt sollte geprüft werden, ob auch das Natursteinpflaster zwischen der Einmündung Schulstrasse und dem Marktplatz durch gesägtes Pflaster ersetzt werden könnte. Vorab ist zu prüfen, inwieweit dies durch die Regierung von Oberfranken bzw. den Landkreis Hof finanziell unterstützt werden würde, welche Kosten hierfür entstehen würden und ob die technischen Voraussetzungen für einen Austausch gegeben wären.</p> <p>Dieter Fleischmann führt aus, sein Vorschlag vom 15.01.2009 ziele darauf ab, die bestehende Lärmschädigung in der Bahnhofstraße durch eine Belagsänderung zu beheben bzw. zumindest stark zu verbessern. Nach den positiven ersten Signalen der Regierung von Oberfranken sollte versucht werden, Fördermittel für einen Austausch des bestehenden Pflasters zu erhalten.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Marktgemeinderat beabsichtigt, das bestehende Natursteinpflaster im Bereich zwischen der Einmündung Schulstrasse/Bahnhofstrasse und dem Oberen Markt durch gesägtes Pflaster ersetzen zu lassen. Die Übernahme der Kosten hierfür ist vorab zu klären.</p> <p>Des Weiteren soll geprüft werden, ob der weitere Austausch des Pflasters bis zum Marktplatz aus technischer, verkehrsrechtlicher und finanzieller Sicht möglich wäre.</p>
		12	0	

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	An we sen d	Für	G eg en	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
5.	12	-	-	<p>Antrag der CSU Stambach und der Wählergemeinschaft Stambach Land: Verabschiedung einer Resolution „Schützt unsere Dörfer – Keine neue Fichtelgebirgsautobahn durch Stambacher Gebiet – Mehr Lärmschutz an der A 9 für die Menschen vor Ort“</p> <hr/> <p>Fraktionssprecher Patrick Knopf erläutert, der gemeinsam mit der Wählergemeinschaft Stambach Land gestellte Antrag auf Verabschiedung einer Resolution soll die Stambacher Ortsteile schützen und deren Lage, insbesondere im Bezug auf den Lärmschutz und sonstige Umweltbelastungen, verbessern. Folgender Text wurde im Vorfeld unter den vier Fraktionen abgestimmt und kann im Konsens verabschiedet werden:</p> <p>„Schützt unsere Dörfer Keine Fichtelgebirgsautobahn Mehr Lärmschutz an der A 9 für die Menschen vor Ort</p> <p>Die Stambacher Ortsteile Querenbach, Oelschnitz, Fleisnitz, Hampelshof, Tennersreuth und mehrere Einzelnen liegen direkt an der Autobahn A 9 oder nicht weit entfernt davon. Die Bürgerinnen und Bürger dort sind seit Jahrzehnten durch Verkehrslärm, Staub, Dreck und Abgase belastet. Die Lebensqualität wird schon durch die bestehende Autobahn erheblich beeinträchtigt.</p> <p>Der Gemeinderat stellt fest, dass die Gemeinde Stambach jegliche Planungen zur sogenannten „Fichtelgebirgsautobahn“ ablehnt und die Notwendigkeit einer neuen Ost-West-Verbindung durch das Fichtelgebirge grundsätzlich nicht gegeben sieht.</p> <p>Der Marktgemeinderat Stambach wendet sich deshalb über alle Fraktionen hinweg gegen den Bau einer Fichtelgebirgsautobahn. Wir fordern alle planenden Stellen, die Entscheidungsträger bei den Ämtern, bei der Regierung von Oberfranken, im Innenministerium und im Bundesverkehrsministerium auf, entsprechende Planungen einzustellen. Hierzu fordern wir alle Abgeordneten in Bund und Land auf, uns dabei zu unterstützen.</p> <p>Wir fordern zudem eine Verbesserung des Lärmschutzes an der A 9. Selbst wenn nach geltendem Recht vielleicht alle Werte eingehalten werden, so mahnen wir weitere Verbesserungen an. Insbesondere sollten weitere Lärmschutzwälle errichtet und in der Nähe von Ortschaften und Dörfern Flüsterasphalt eingebaut werden.</p> <p>Über zusätzliche Maßnahmen ist im Einzelfall nachzudenken.“</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	A n w e s e n d	G e g e n		Vortrag-Beratung/Beschluss
		F ü r	d e n B e s c h l u s s	
noch 5.	12	-	-	<p>Zweiter Bürgermeister Günter Kleffel weist darauf hin, das Thema „Fichtelgebirgsautobahn“ sei entgegen anders lautender Pressemeldungen noch nicht vom Tisch, da die Planungen weiterhin laufen. Er fungiere auch als Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Fichtelgebirgsautobahn, der er seit dem Jahr 2000 angehört, und lädt alle Ratsmitglieder zu einer Wanderung am 1. Mai auf den Waldstein als Demonstration gegen diese Autobahn ein.</p> <p>Nach den Worten von Markus Käs möchte sich der Gemeinderat mit dieser Resolution besonders für die Anwohner der A 9 einsetzen, um deren Lage zu verbessern. Seit dem Ausbau vor einigen Jahren habe das Verkehrsaufkommen wesentlich zugenommen.</p> <p>Bürgermeister Ehrler schlägt vor, die Resolution nicht nur allen darin Genannten, sondern auch den jeweiligen EU-Behörden und EU-Abgeordneten zu übersenden. Die Verteilerliste sollte vorab an alle Marktgemeinderäte weitergeleitet und von diesen ggf. ergänzt werden. Möglicherweise kann auch die Bürgerinitiative eine Anschriftenliste zur Verfügung stellen.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Marktgemeinderat verabschiedet die Resolution gegen die geplante Fichtelgebirgsautobahn mit dem vorstehend genannten Text und beauftragt die Verwaltung, diese an alle nötigen Stellen und Abgeordneten zu übermitteln.</p>
6.	12	-	0	<p>Antrag der CSU Stambach und der Wählergemeinschaft Stambach Land; Gemeindewerke als Betreiber der neuen Heizungsanlage im Stambacher Rathaus -Beschluss-</p> <hr/> <p><u>Sachverhalt:</u> Patrick Knopf stellt kurz den Antrag der beiden Fraktionen vor. Seiner Meinung nach macht es Sinn, dass die Gemeindewerke die neue Heizanlage im Rathaus anschaffen und auch betreiben, da diese als Unternehmen vorsteuerabzugsberechtigt sind. Die gleichen Vorteile entstünden auch bei der Abschreibung. Die Übernahme der Heizung im Rathaus wäre für die Gemeindewerke der Einstieg in ein neues Betätigungsfeld, der Geschäftszweck der Gemeindewerke müsste allerdings um den Zweig „Wärmeversorgung“ erweitert werden.</p> <p>Ratsmitglied Martin L. Jacob stellt fest, dass hierzu eine strenge Bilanztrennung erfolgen müsste. Vor allem muss mit verwaltungstechnischen Regelungen sichergestellt werden, dass der Vorteil des Vorsteuerabzugs nicht durch Steuerzahlungen auf andere Leistungen aufgefressen wird.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Gegen		Vortrag-Beratung/Beschluss
		Für	den Beschluss	
noch 6.	12	-	-	<p>Geschäftsleiter Horst Gmach weist das Gremium darauf hin, dass zunächst das Finanzamt diesem Verbund zustimmen muss. Die Verwaltung sollte daher beim Finanzamt und dem vom Markt beauftragten Steuerberater abklären, welche Vor- und Nachteile diese Lösung mit sich bringt und ob diese zulässig wäre.</p> <p>Für Dieter Fleischmann darf diese Lösung keine Quersubvention des Marktes zulasten der Werke darstellen und keine Erhöhung der Verwaltungskosten zur Folge haben.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Gemeindewerke die neue Heizanlage anschaffen und betreiben können sowie dies ggf. umsetzen.</p>
7.	12	-	-	<p>14. Änderung des Regionalplans Oberfranken-Ost; Stellungnahme des Marktes Stambach im Rahmen des Anhörungsverfahrens unter Berücksichtigung der Anträge der SPD-Wählergemeinschaft Stambach sowie der CSU Stambach und der Wählergemeinschaft Stambach Land -Beschluss-</p> <p>Bürgermeister Ehrler eröffnet diesen Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, im Landkreis Kulmbach sei das Anhörungsverfahren zur 14. Änderung des Regionalplans Oberfranken-Ost bereits fast abgeschlossen. Für die heutige Sitzung haben drei Fraktionen schriftliche Anmerkungen gemacht, die bei einer Stellungnahme des Marktes berücksichtigt werden sollten.</p> <p>Dieter Fleischmann hält den Regionalplan für einen Datenwust und verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion. Martin L. Jacob befürwortet die Anmerkungen der CSU-Fraktion sowie der Wählergemeinschaft Stambach Land und schlägt vor, unter Ziff. 1.4.1 den Text der Resolution (siehe TOP 5) aufzunehmen und darauf hinzuweisen, dass diese Resolution einstimmig gefasst wurde. Auch Bürgermeister Ehrler befürwortet, den Antrag der SPD und die Resolution in die Stellungnahme einzubeziehen sowie die betroffenen Stambacher Ortsteile deutlich zu nennen. Patrick Knopf unterbreitet einen neuen Formulierungsvorschlag für die Stellungnahme zu Ziff. 1.4.1 und erläutert die von ihm zusätzlich genannten Punkte Datenleitungen bzw. Aufnahme in den Verkehrsverbund Nürnberg. Bürgermeister Ehrler hält eine Aufnahme in den Verkehrsverbund für sehr vorteilhaft, da ein einheitliches Fahrkartensystem zur Vereinfachung des Nahverkehrs beitragen würde. Ratsmitglied Dieter Fleischmann teilt mit, der Landkreis Hof überlege derzeit, ob er die Aufnahme in die Metropolregion Nürnberg anstreben sollte. In den Kommunen südlich von Nürnberg war vor einigen Jahren die Aufnahme in den Verkehrsverbund sehr umstritten, im Nachhinein stellte sich die Aufnahme jedoch als großer Vorteil dar.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	den Beschluss	Vortrag-Beratung/Beschluss
					noch 7.
8.	12	-	-	12 0	<p><u>Bekanntgaben</u></p> <p>a) Bürgermeister Karl Philipp Ehrler teilt mit, dass beim Schachklub die Planungen für die 23. Stambacher Radrundfahrt am 19.07.2009 laufen. Die Ratsmitglieder sind damit einverstanden, dass wie in der Vergangenheit der Markt als Träger der Veranstaltung fungiert, da auf diese Weise dem veranstaltenden Schachklub keine Gebühren für die Genehmigung durch das Landratsamt entstehen.</p> <p>b) Das Landratsamt Hof übernimmt die Kosten des Schülerprojektes „Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Hof“ entgegen früherer Vereinbarungen in voller Höhe. Dieses Projekt wurde im Bezug auf die Entwicklung des Marktes Stambach von Schülern der Volksschule Helmbrechts unter Leitung von Hermann Reichel erstellt. Die Schüler werden es voraussichtlich in der Gemeinderatssitzung am 18.03.2009 vorstellen.</p> <p>c) Des Weiteren weist Bürgermeister Ehrler auf einen Newsletter des Kuratoriums Hochfranken e.V. hin, der den Fraktionssprechern zugestellt wurde.</p> <p>d) Das Projekt „LQN – Lebensqualität durch Nähe“ zeitigt erste Erfolge. So wurden bereits 1.400 LQN-Taler verkauft und der Gewerbeführer im Internet veröffentlicht. Am 30.01.2009 findet das nächste Treffen des Kernteams auf dem Weißenstein statt, am 16. und 17. Mai die große Gewerbeschau in Marktlegast. Der als Gast anwesende Thomas Hahn schildert, der Taler diene dazu, die Kaufkraft in der Region zu halten. Er bringe zwar nicht allen Gewerbetreibenden Vorteile (z.B. Handwerker werden kaum mit dem LQN-Taler bezahlt), die Verkaufszahlen zeigen jedoch den tollen Erfolg. Die Erstellung des Gewerbeführers war sehr arbeitsintensiv, insbesondere auch für Zweiten Bürgermeister Kleffel, inzwischen haben sich jedoch bereits 39 Stambacher Gewerbetreibende zu einer Teilnahme bereit erklärt.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach
vom 21. Januar 2009, lfd. Nr. 08/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
noch 8.	12	-	-	<p>e) Der Mobilfunkanbieter O2 hat Ende Dezember eine Standortbescheinigung für die neue Mobilfunkstation am Sonnenhof vorgelegt und mitgeteilt, dass der Standort seinen Betrieb in Kürze aufnimmt.</p> <p>f) In der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.12.2008 wurde beschlossen, das defekte und irreparable Gebläse der Kläranlage (Belebungsbecken) durch ein frequenzgesteuertes Komplettneuaggregat zu ersetzen. Zwischenzeitlich liegen mehrere Angebote vor und dem günstigsten Anbieter, der Fa. PSL.Techno GmbH, Kirchenthumbach, wurde der Zuschlag erteilt.</p> <p>g) Für die vom Bayerischen Gemeindetag geplante Schulungswoche für neu gewählte Gemeinderäte im Mai 2009 in Fürstenfeldbruck finden sich nur wenige Teilnehmer. Mehr Interesse bestünde an einem Eintagesseminar, dies wäre jedoch abhängig von Termin und Ort.</p> <p>h) Auf das von der Berufspraktikantin Kerstin Schöniger erstellte Event-Blättla für Kinder und Jugendliche weist Bürgermeister Ehrler hin. Dieser vom Kreisjugendring gedruckte Kalender wird in den nächsten Tagen an alle Stambacher unter 18 Jahren verteilt.</p> <p>i) Der Markt hat ein Buch mit dem Titel „GrünBilder PoesieGrün“, das letzte Werk des verstorbenen Stambacher Künstlers Timo Heimann, erworben und archiviert.</p> <p>j) Zweiter Bürgermeister Kleffel fragt nach dem Sachstand der Beschaffung eines LKW's für Bauhof und Gemeindewerke. Eine derartige Vergabe ist in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, der Protokollführer erläutert jedoch, dass die Vorarbeiten, insbesondere die Zusammenstellung der Informationen für die Ratsmitglieder, noch laufen und der Punkt in der Februarsitzung, nichtöffentlicher Teil, behandelt werden soll.</p> <p>Marktgemeinderat Friedrich Petzet schlägt vor, wegen der benötigten LKW-Grösse eine geheime Umfrage unter den Mitarbeitern des Bauhofes und der Gemeindewerke zu starten.</p> <p style="text-align: right;">v.g.u.u.</p> <p>..... 1. Bürgermeister Karl Philipp Ehrler</p> <p>..... Schriftführer Thorsten Tietze</p>